

Alfred Pfaller

Die Gedanken sind frei, der Weg ist blockiert

»Economy of Tomorrow« (EoT) ist das Codewort für eine gedachte Wirtschaft, die voll im Dienste des Wohlergehens der Menschen steht – aller Menschen, auch der künftigen. Dorthin zu gelangen, ist ein Ziel, für das sich eigentlich alle Wohlmeinenden einsetzen sollten, besonders diejenigen, die politische Verantwortung übernehmen und Menschen für eine Sache mobilisieren wollen. Dennoch dürfte die »Economy of Tomorrow« kein politischer Selbstläufer werden. Auch die Sozialdemokratie, die sich programmatisch zu einer gerechten und im weitesten Sinne menschenfreundlichen Gesellschaft bekennt, tut sich in der politischen Realität schwer, dieses Bekenntnis in einen zielstrebigem Kampf für eine entsprechende Transformation der »Economy of Today« umzusetzen. Auch sie muss sich pragmatisch mit den Kräften arrangieren, die die »Economy of Today« bewegen. Dem Übergang in eine bessere Zukunft den Wirtschaftserfolg in der Gegenwart zu opfern, wäre das Rezept für politisches Scheitern. Dieses unvermeidbare Arrangement aber blockiert den Weg in das »gelobte Land«.

Eine Säule der »Economy of Tomorrow« ist eine angemessene Teilhabe aller an dem Wohlstand, der der Produktivkraft der nationalen Wirtschaft entspricht. Dies

könnte man dadurch erreichen, dass man all jenen, deren Markteinkommen zu weit unter dem Durchschnitt liegt, ein steuerfinanziertes Zusatzeinkommen gewährt. Eine Variante dieses Ansatzes ist der ebenfalls

steuer- oder beitragsfinanzierte kaufkraftunabhängige Zugang zu wesentlichen Gütern und Dienstleistungen. Diese simple Art der Umverteilung stößt allerdings an Grenzen. Unter anderem müssten die Steuern in vielen Ländern weit über das

Maß hinaus angehoben werden, das derzeit als akzeptabel gilt – nämlich überall dort, wo der Arbeitsmarkt einem großen Anteil der Erwerbsbevölkerung kein »angemessenes« Einkommen beschert. Politisch weniger aufwendig erscheint es, für alle ein angemessenes Erwerbseinkommen (das für die überwiegende Mehrheit aus Löhnen besteht) sicherzustellen.

Aber selbst in hoch entwickelten Ländern ohne einen gewaltigen Arbeitskräfteüberschuss stehen einem politischen Projekt der »Hochlohn-Vollbeschäftigung« gravierende Hindernisse im Weg. Reflexmäßig setzte – auch sozialdemokratische – Politik bislang auf Wirtschaftswachstum. Aber die Hoffnung auf ein Produktionswachstum, das die Arbeitskraft auf breiter Front nachhaltig verknappt, hat sich als illusorisch erwiesen. Nur auf Wachstum zu setzen, ist kein Weg zum Wohlstand für alle.

In der sozial integrierten Arbeitsgesellschaft darf es kein Niedriglohnsegment geben. Gleichzeitig muss es genügend Arbeit für alle geben. Dazu müsste in zweifacher Weise in den Arbeitsmarkt eingegriffen werden: das Angebot an Arbeitskraft muss verknappt und im Qualifikationsprofil an die Nachfrage angepasst werden, die dadurch strukturell abgesicherte Verhandlungsmacht der Lohnabhängigen muss sicherstellen, dass keine Arbeitskraft zu niedrigen Löhnen (und schlechten Arbeitsbedingungen) angeboten wird. Beides ist nicht primär Aufgabe der Politik, sondern der Gewerkschaften, obgleich die Politik, z.B. mit einem gesetzlich verankerten Mindestlohn unterstützend eingreifen kann. Wohl könnte eine, sagen wir sozialdemokratische, Partei über den – zwar eine etwas »sozialere«, aber noch keine gerechte Gesellschaft etablierenden – ersten Schritt eines Mindest-

Soziale Gerechtigkeit und die Dynamik der Ungleichheit

lohns hinausgehen und die Austrocknung des Niedriglohnssektors zu einem prioritären politischen Ziel machen. Sie könnte mit ihren Mitteln die allesentscheidende Mobilisierung der Niedriglöhner befeuern und in die politische Arena tragen. Derartiges entspricht freilich nicht mehr dem Selbstverständnis moderner sozialdemokratischer Volks-(nicht Arbeiter-)Parteien. Es würde sie in einem Interessenkonflikt in einer Weise exponieren, die kaum mehrheitsfähig ist. Denn die Austrocknung der Niedriglohnarbeit ist für den Rest der Gesellschaft eher ungünstig: Preise steigen, einige Wirtschaftsaktivitäten verschwinden vom Markt und verkürzte Arbeitszeiten verringern die Lohnerhöhungsspielräume für die besser verdienenden Arbeitnehmer. Das alles wäre in den Generalvorwurf der Wirtschaftsfeindlichkeit und der Unterminierung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit eingebettet. Sozialdemokratische Parteien, die im politischen Wettbewerb stehen, können es sich nicht leisten, in dieses offene Messer zu laufen.

Ein weiterer Pfeiler der »Economy of Tomorrow« ist die ökologische Nachhaltigkeit. Auch künftige Generationen sollen so gut leben können wie die gegenwärtige und der natürliche Reichtum der Erde soll als Teil unseres Wohlstandes im weiteren Sinn (nicht nur im Sinn der jährlich verkauften Produkte) möglichst erhalten bleiben. Dass auf Dauer kein Weg an umweltschonendem Wirtschaften vorbei führt, steht außer Frage. Doch wieviel wollen wir uns das jetzt schon kosten lassen? Und wieviel Umweltschutz meinen wir, uns jetzt schon leisten zu können? Es gibt hier zwei Probleme. Eines betrifft die Dosis des Konsumverzichts und der Umweltdisziplin (eine Art Freiheitseinschränkung), zu der die Gesellschaft jeweils bereit ist. So muss die Klimapolitik z.B. so dosiert werden, dass Energie »bezahlbar« bleibt. Automobilität bleibt eine heilige Kuh. Demgegenüber ist

eine »Klimakatastrophe« eine abstrakte, mit vielen Ungewissheiten behaftete Drohung jenseits der gefühlten Lebenswirklichkeit. Auch »grün gestrickte« Regierungen müssen die Toleranzgrenzen der Gesellschaft respektieren. Das andere Problem ist die Konkurrenz der Regulierungsräume in der Welt der souveränen Staaten. Sie verbindet sich in der politischen Realität mit starkem Lobbydruck, der von Umweltauflagen und ihren Kosten besonders betroffenen Wirtschaftszweige, einschließlich ihrer Arbeitnehmerschaft. Außerdem entwertet es nationale Schutzbemühungen, wenn die Umweltbelastung anderswohin verlagert wird. All dies legt Parteien, die auf Mehrheiten aus sind, eine Umweltpolitik »mit Augenmaß« nahe. Es wird den Fortschritt hin zu nachhaltigem Wirtschaften letztlich nicht aufhalten, aber es macht ihn zur Schnecke. Für das Klimaziel mag das zu langsam sein.

Eine dritte EoT-Säule ist die Rücksicht auf das, was man die »Lebenssphäre« der Menschen nennen kann. Auch hier sind sich (fast) alle einig, dass die Verfügbarkeit von marktbewerteten Gütern und Dienstleistungen nicht genügt für das Wohlbefinden der Menschen und oft in Konkurrenz zu anderen Aspekten von Lebensqualität (Freizeit, Freiheit von Stress, Raum für dauerhafte menschliche Beziehungen, intakte Natur etc.) steht. Aber genau in dieser Konkurrenz zum monetären Einkommen liegen die Probleme. Viele Aspekte der Lebensqualität haben den Charakter von Umweltgütern. Es gibt keine klaren Eigentumsrechte an ihnen und deswegen auch keinen Markt, in dem sich die Präferenzen der Menschen artikulieren und in einem Kaufpreis niederschlagen. Es bedarf politischer Regelung oder anderer Arten von kollektivem Druck, um zu verhindern, dass Wirtschaftsakteure diese Werte ohne Preisschild aus Eigennutz beschädigen. Aber wie beim Umweltschutz

*Umweltschutz
»mit Augenmaß«?*

*Lebensqualität
und der
Primat der
Marktwirtschaft*

darf die Politik den Primat des einkommens-schaffenden Wirtschaftens nur sehr behutsam einschränken. Sonst droht das Veto des Wählers. Dieser misst der Lebensqualität zwar generell durchaus einen hohen Wert bei, aber sie wird dem Einkommensinteresse untergeordnet, wenn sie massiv bedroht erscheint. Vor dem Hintergrund von Standortkonkurrenz geht es eben oft nicht um einen geringfügigen Konsumverzicht, zu dem man für einen Zuwachs an Lebensqualität bereit ist, sondern um Einkommensquellen (Arbeitsplätze, Profite, Steuereinnahmen) für durchsetzungsmächtige Akteure. So gesehen geht es auch nicht um Bürgerpräferenzen vs. Wirtschaftsinteressen, weil letztere auch die Einkommensinteressen der Bürger sind.

Regeln, die vor dem Markt schützen, sind indes nicht alles. In wichtigen Bereichen lassen sich so etwas wie Märkte herstellen, wo man Lebensqualität »kaufen« kann. Dies ist der Fall bei den Arbeitsbedingungen, die über den Freiraum der »Lebenssphäre« entscheiden. Dazu braucht es Gewerkschaften, die entsprechende Forderungen aufstellen und über den zu entrichtenden Preis in Form von Lohnzurückhaltung verhandeln. Dabei zeigt sich, was den Menschen wichtiger ist: mehr Einkommen oder mehr Freiräume. Anzunehmen ist: je höher das Einkommen, desto wichtiger die Freiräume.

Es sind mehrere Faktoren, die eine »Economy of Tomorrow« vorerst utopisch erscheinen lassen, auch wenn sie den Wünschen breiter Mehrheiten entspricht. Einer ist politischer Interessendruck gegen die Umverteilung, um die eine sozial integrierte Teilhabegesellschaft nicht herum

kommt. An dieser Front ist Fortschritt möglich, wenn die Arbeitnehmer die Kraft und die Solidarität aufbringen, sich zu einem umfassenden Kartell mit allem, was es bedeutet, zu organisieren. Gewerkschaften könnten auch »Märkte« erzwingen, in denen Präferenzentscheidungen in der Frage Lebensqualität vs. Geldeinkommen getroffen werden. In wesentlichen Aspekten einer

Die Ökonomie der Furcht

»Economy of Tomorrow« sind solche Präferenzentscheidungen jedoch, durch eine allgegenwärtige Furcht vor der Strafe des Marktes blockiert. Die Konkurrenz der dezentralen Regulierungsräume begrenzt Eingriffe in den Markt zum Schutz von Werten ohne privaten Eigentumstitel. Die wettbewerbsfähigsten Länder haben hier die größten Freiheitsspielräume. Aber dies unterstreicht nur den Primat der Wettbewerbsfähigkeit vor anderen kollektiv, und das heißt politisch, zu verfolgenden Zielen. Letztere bedürfen der Zustimmung des Marktes, nicht nur der Mehrheiten. Besser gesagt: Die Mehrheiten bilden sich aus Menschen, die die Strafe des Marktes fürchten. Will man eine Wirtschaft im Dienste aller Menschen, genügt es nicht, dass die Menschen ihre Präferenzen über den Markt zum Ausdruck bringen können. Es genügt auch nicht, dass alle hierzu mit angemessener Kaufkraft ausgestattet sind. Eine weitere Bedingung ist, dass der (Unterbietungs-)Wettbewerb der Regulierungsräume aufhört. Keine absolute Utopie, aber schwer vorstellbar in der gegenwärtigen extrem ungleichen Welt der Nationalstaaten, ob sozialdemokratisch regiert oder nicht.



Alfred Pfaller

ist Soziologe und Volkswirt, war verantwortlicher Redakteur von *Internationale Politik und Gesellschaft*, danach Vertreter der FES in Rumänien und der Moldau-Republik und arbeitet jetzt freiberuflich als gesellschaftspolitischer Berater.

alfred.aue@web.de